



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

3. hét

2018.01.15.

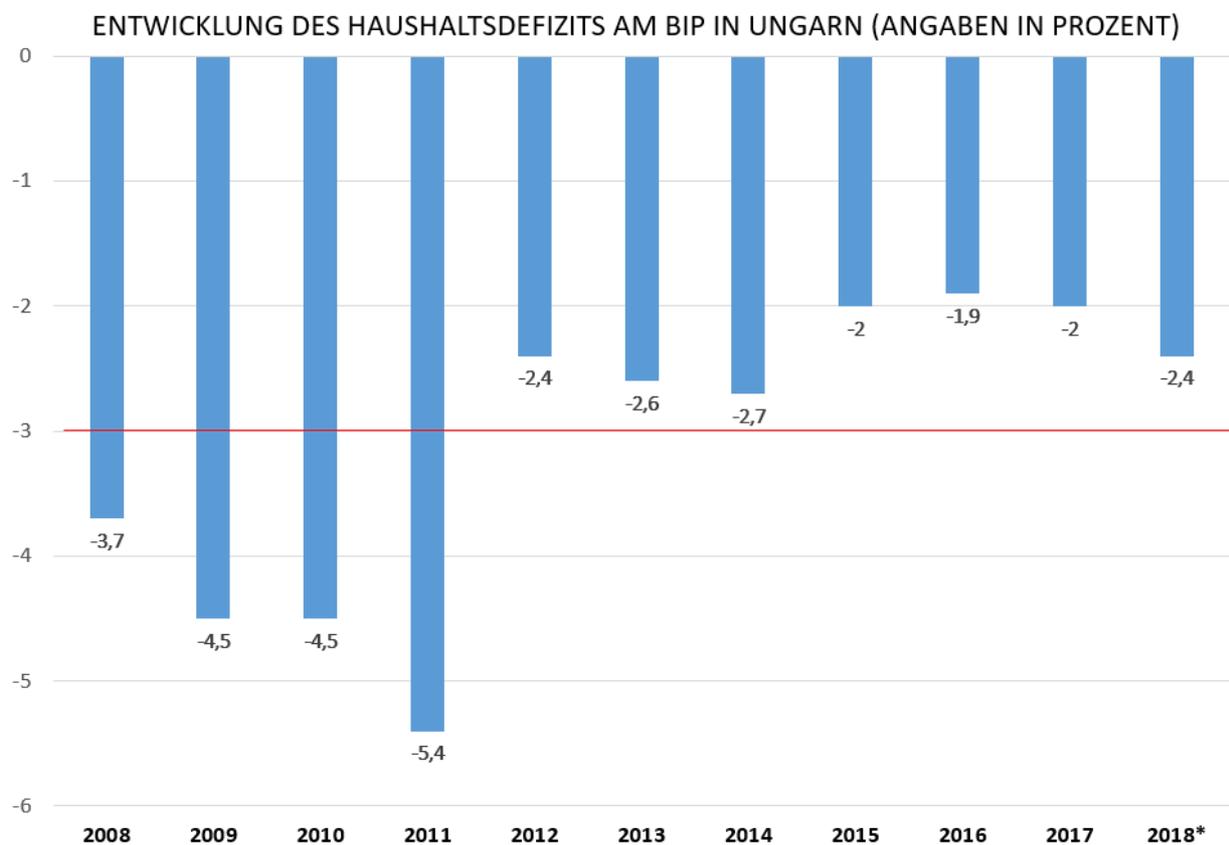
ZUSAMMENFASSUNG

- **DAS VORJÄHRIGE BUDGETDEFIZIT IST NOCH NIEDRIGER ALS IM HAUSHALTSPLAN VORGESEHEN.** Das vorjährige Haushaltsdefizit bewegt sich um zwei Prozent und fällt somit günstiger als die Vorgabe von 2,4 Prozent sowie deutlich günstiger als die von der Europäischen Union geduldete Defizitzahl von 3 Prozent aus. Neben dem überbotenen Defizitziel sanken im vergangenen Jahr auch die Staatsschulden um 1,5 Prozentpunkte. Wenngleich das Defizit im Staatshaushalt zum Jahresende deutlich zunahm, konnte das disziplinierte Defizitmanagement im Jahresverlauf dies kompensieren.
- **DIE HÄLFTE DER MITTELEUROPÄER IST UNZUFRIEDEN MIT BRÜSSEL.** Die Hälfte der Mitteleuropäer (49 Prozent) ist unzufrieden mit der Brüsseler Führung der Europäischen Union, geht aus einer Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor, die neben Ungarn noch in weiteren zehn mitteleuropäischen Ländern vorgenommen wurde. Wie die Erhebung zeigt, nehmen die Dinge in Europa nach Ansicht von 53 Prozent eine schlechte Richtung, wobei drei Viertel der befragten Mitteleuropäer (73 Prozent) EU-Mitglied bleiben würden.
- **DIE TEILNAHME DER JOBBIK AN DEN WAHLEN IST NICHT IN GEFAHR.** Der Staatliche Rechnungshof hat die Jobbik wegen der Annahme verbotener Vermögenszuwendungen mit einer Geldbuße von 331,66 Millionen Forint belegt, welche die Partei jedoch nicht in einem Betrag begleichen muss. Die Staatliche Schatzkammer wird die Geldbuße nach dem 1. Juli vollstrecken. Die Jobbik präsentiert sich – indem sie die Tatsache der Geldbuße zu politischen Zwecken missbraucht – als Opfer und rückt den Fidesz ähnlich, wie das bislang nur für die Parteien des linksliberalen Lagers typisch war, in eine Rolle, wonach dieser die Demokratie bedrohe, Parteien verbiete und unmöglich mache, obgleich doch vom Verfahren eines unabhängigen staatlichen Organs die Rede ist.
- **DIE ART DES ZUSAMMENSCHLUSSES DER OPPOSITION IST NOCH IMMER UNGEKLÄRT.** Während die linksliberalen Parteien in Csepel miteinander beschäftigt sind, hat sich die Opposition in Hódmezővásárhely geschlossen hinter einem als unabhängig dargestellten Kandidaten aufgereiht. Indem die Opposition bei der Nachwahl in Hódmezővásárhely keinen von den Parteien nominierten Kandidaten aufstellt, erkennt sie jedoch nur ihre eigene Schwäche an.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das vorjährige Budgetdefizit ist noch niedriger als im Haushaltsplan vorgesehen

Das vorjährige Haushaltsdefizit bewegt sich um zwei Prozent und fällt somit günstiger als die Vorgabe von 2,4 Prozent sowie deutlich günstiger als die von der Europäischen Union geduldete Defizitzahl von 3 Prozent aus. Neben dem überbotenen Defizitziel sanken im vergangenen Jahr auch die Staatsschulden um 1,5 Prozentpunkte. Wenngleich das Defizit im Staatshaushalt zum Jahresende deutlich zunahm, konnte das disziplinierte Defizitmanagement im Jahresverlauf dies kompensieren.



Die Entwicklung von Defizit und Staatsschulden ist den vorteilhaften Prozessen in der Realwirtschaft zu verdanken, in deren Ergebnis ein BIP-Wachstum von 4 Prozent bei Zunahme der Reallöhne um mehr als 10 Prozent sowie eine steigende Beschäftigtenzahl zu erwarten sind. Es bildet einen erheblichen Anteil am Haushaltsdefizit, dass der ungarische Staat mit Fördermitteln der Europäischen Union unterstützte Entwicklungsprojekte vorfinanzierte. Es ist hervorzuheben, dass dieses die Erwartungen übertreffende Defizit in einer Weise möglich wurde, wonach die Regierung große Beträge für Lohnzuwendungen, Karrieremodelle und sonstige Steuervergünstigungen

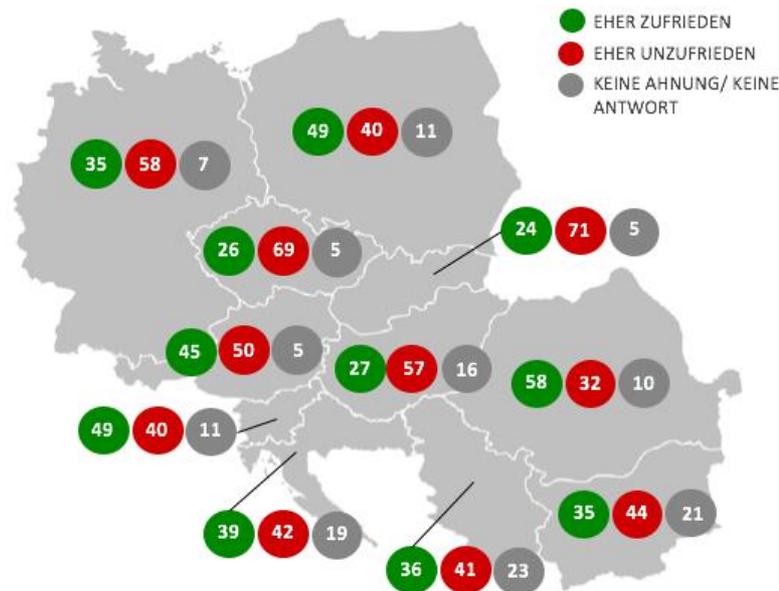
aufwandte. Darin flossen positive Trends wie ein zunehmender Konsum und steigende staatliche Steuereinnahmen ein. Neben solchen vorteilhaften Prozessen darf auch im kommenden Jahr mit ähnlich günstigen Maßnahmen gerechnet werden..

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Die Hälfte der Mitteleuropäer ist unzufrieden mit Brüssel

Die Hälfte der Mitteleuropäer (49 Prozent) ist unzufrieden mit der Brüsseler Führung der Europäischen Union, geht aus einer Meinungsforschung des Nézópont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor, die neben Ungarn noch in weiteren zehn mitteleuropäischen Ländern vorgenommen wurde. Wie die Erhebung zeigt, nehmen die Dinge in Europa nach Ansicht von 53 Prozent eine schlechte Richtung, wobei drei Viertel der befragten Mitteleuropäer (73 Prozent) EU-Mitglied bleiben würden.

SIND SIE EHER ZUFRIEDEN ODER EHER UNZUFRIEDEN MIT DER DURCH DIE BRÜSSELER FÜHRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION GELEISTETEN TÄTIGKEIT?



DREI VIERTEL DER MITTELEUROPÄER (73 PROZENT) WÜRDEN EU-MITGLIED BLEIBEN

Das Nézópont-Institut hat die Erhebung neben Ungarn in weiteren zehn mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien) durchgeführt. Ein Fünftel der Bürger der in die Umfrage einbezogenen zehn EU-

Mitgliedstaaten (18 Prozent) würde sich für einen Austritt des eigenen Landes aus der EU aussprechen. Bemerkenswert ist, dass sich sogar 31 Prozent der Tschechen und 25 Prozent der Kroaten, aber auch jeweils 23 Prozent der Deutschen und der Slowaken auf diesem Standpunkt befinden. Am ehesten sind die Österreicher (86 Prozent) und die Polen (84 Prozent) für die EU-Mitgliedschaft. Sieben von zehn Ungarn (71 Prozent) sprechen sich für die Mitgliedschaft in der EU aus, gerade einmal 14 Prozent beziehen einen entgegengesetzten Standpunkt. Sechs von zehn Serben (61 Prozent), welches Land noch nicht in der EU ist, sprechen sich für einen EU-Beitritt aus.

53 PROZENT MEINEN, DASS DIE DINGE IN EUROPA EINE SCHLECHTE RICHTUNG NEHMEN

Nach Ansicht von 53 Prozent der Befragten gehen die Dinge in Europa im Übrigen in eine schlechte Richtung, und nur vier von zehn Befragten (40 Prozent) sind zufrieden in dieser Hinsicht. Am ehesten positiv fällt die Meinung der Rumänen (mit 57 Prozent) und der Serben (mit 52 Prozent) aus, wohingegen ungefähr zwei Drittel der Slowaken und der Tschechen (69 bzw. 64 Prozent) unzufrieden mit der Richtung sind. Die meisten unzufriedenen Stimmen finden sich jedoch bei den Ungarn (mit 68 Prozent).

DIE HÄLFTE DER MITTELEUROPÄER (49 PROZENT) IST UNZUFRIEDEN MIT BRÜSSEL

Die Hälfte der Mitteleuropäer (49 Prozent) ist unzufrieden mit der Brüsseler Führung der Europäischen Union; auf diesem Gebiet gelten nur 38 Prozent als zufrieden. Am ehesten zufrieden mit der Brüsseler Führung sind die Rumänen (58 Prozent), die Slowenen und die Polen (jeweils 49 Prozent). Das Lager der Kritiker Brüssels bilden die Slowaken (71 Prozent), die Tschechen (69 Prozent) und die Ungarn (57 Prozent), wobei es interessant zu sehen ist, dass sich auch 58 Prozent der Deutschen und immerhin noch 50 Prozent der Österreicher unzufrieden mit Brüssel zeigen.

Methodik

Die telefonische Meinungsforschung des Nézöpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 26. September bis 27. Oktober 2017 mit der Befragung von jeweils 1.000 Personen pro Land in Ungarn und weiteren zehn mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien). Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren jedes einzelnen Landes nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Die maximale Fehlertoleranz ergibt sich mit 3,2 Prozent.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Teilnahme der Jobbik an den Wahlen ist nicht in Gefahr

Der Staatliche Rechnungshof hat die Jobbik wegen der Annahme verbotener Vermögenszuwendungen mit einer Geldbuße von 331,66 Millionen Forint belegt, welche die Partei jedoch nicht in einem Betrag begleichen muss. Die Staatliche Schatzkammer wird die Geldbuße nach dem 1. Juli vollstrecken. Die Jobbik präsentiert sich – indem sie die Tatsache der Geldbuße zu politischen Zwecken missbraucht – als Opfer und rückt den Fidesz ähnlich, wie das bislang nur für die Parteien des linksliberalen Lagers typisch war, in eine Rolle, wonach dieser die Demokratie bedrohe, Parteien verbiete und unmöglich mache, obgleich doch vom Verfahren eines unabhängigen staatlichen Organs die Rede ist.

Die Zahl der Werbeflächen der Jobbik hat in den jüngsten Monaten spürbar zugenommen, wobei es der Partei aber nicht gelang, die Kosten korrekt abzurechnen. Die urplötzlich zunehmende Anzahl an Plakatflächen ist dem Zutun des von Lajos Simicska geführten Medienimperiums zu verdanken, welches der Partei Flächen unter dem üblichen Marktpreis zur Verfügung stellte. Die Jobbik bestritt zunächst, die Plakatflächen unter Markttarif erhalten zu haben, bevor sie einräumte, diese deutlich günstiger als am Markt üblich erhalten zu haben, während sie jedoch zu einer korrekten Abrechnung nicht bereit ist. Nach diesen Ereignissen nahm eine Untersuchung des Staatlichen Rechnungshofes (ÁSZ) in der Angelegenheit ihren Anfang, bevor die Entscheidung gefällt wurde, die Partei mit einer Geldstrafe zu belegen.

Im linksliberalen Lager ist es längst Gewohnheit, jede Angelegenheit gleich als Bedrohung der Demokratie hinzustellen, nun aber hat die zunehmend nach links rückende Jobbik diese Rhetorik gleichfalls übernommen. Die Jobbik möchte dieses Verfahren eindeutig in den eigenen politischen Wahlkampf integrieren, um sich darin als Opfer der vom Fidesz verfolgten Absicht darzustellen, die Demokratie abzubauen. Allerdings wird dies durch den Fakt widerlegt, dass es sich beim Staatlichen Rechnungshof um ein unabhängiges Organ handelt, das somit auch vom Fidesz unabhängig ist. Indem die Jobbik unter Anwendung der charakteristisch linksliberalen Rhetorik die Maßnahmen des Rechnungshofes als Angriff auf die Demokratie hinstellt, versucht sie eindeutig, den Wählern der Linken und den Parteien des linken Lagers zu Munde zu reden.

Im Lichte der Opferrolle und der Angst um die Demokratie fand eine durch die Jobbik organisierte Demonstration gegen die Entscheidung des ÁSZ statt, die jedoch ausgehend von der geringen Teilnehmerzahl als gescheiterter Versuch angesehen werden muss. Der Plan der Partei könnte darin bestanden haben, bei dieser im Lichte der Verteidigung der Demokratie verkündeten Demonstration neben der Jobbik nicht nur das eigene Lager, sondern auch die linksliberalen Parteien und deren Anhänger zusammenzubringen, um auf diese Weise ein mögliches Bündnis zu begründen. Die Spendensammlung der Jobbik zur Deckung der Geldbuße lässt sich ebenfalls ausgehend vom obigen Gedankengang interpretieren und darf ebenso wenig als Erfolg bezeichnet werden. Es lässt sich konstatieren und durch Zahlen der Meinungsumfragen – die ein schwindendes Wählerlager der Jobbik zeigen – untermauern, dass die Wähler jener Rhetorik, in der sich die Jobbik besorgt um die Demokratie zeigt und die eigene Partei in eine Opferrolle rückt, nicht auf den Leim gehen.

Bei der Betrachtung der Fakten ist es wichtig hervorzuheben, dass die Jobbik für die Begleichung der Geldbuße eine Teilzahlungsvergünstigung eingeräumt bekam, wobei das Inkasso erst nach dem 1. Juli fällig wird, also deutlich nach dem Wahltermin. Darüber hinaus darf die Partei in Kürze mit staatlichen Zuwendungen für den Wahlkampf in Höhe mehrerer hundert Millionen Forint rechnen, weshalb hier keine Rede davon sein kann, dass die Jobbik in den finanziellen Ruin getrieben würde.

Die Art des Zusammenschlusses der Opposition ist noch immer ungeklärt

Während die linksliberalen Parteien in Csepel miteinander beschäftigt sind, hat sich die Opposition in Hódmezővásárhely geschlossen hinter einem als unabhängig dargestellten Kandidaten aufgereiht. Indem die Opposition bei der Nachwahl in Hódmezővásárhely keinen von den Parteien nominierten Kandidaten aufstellt, erkennt sie jedoch nur ihre eigene Schwäche an.

Im 17. Wahlkreis, der Csepel und Soroksár umfasst, schickt die MSZP unter Zustimmung der DK – im Ergebnis einer Übereinkunft der beiden Parteien – Ildikó Bangó-Borbély ins Rennen, während auch die Együtt ihren eigenen Kandidaten in Gestalt jenes Szabolcs Szabó nominiert, der den Wahlkreis schon 2014 holen konnte. Wenngleich hinter Szabolcs Szabó nur die linke Splitterpartei steht, besitzt er ausgehend vom zuletzt erzielten Wahlergebnis doch bessere Chancen als Bangó-Borbély – hinter der also die MSZP und sehr wahrscheinlich auch die DK steht.

Profitieren von diesem Gefecht der Opposition könnte jener Szilárd Németh, der 2014 den Sieg im Wahlkreis verpasste. Im Jahre 2014 holte Szilárd Németh nur knapp einen Prozentpunkt weniger Stimmen als Szabolcs Szabó, hinter dem damals neben der Együtt auch DK und MSZP standen. Wenn also die beiden Oppositionskandidaten in diesem Wahlkreis gleichermaßen antreten, könnte es leicht passieren, dass sie die Stimmen ihrer Anhänger teilen, so dass der Kandidat des Fidesz den Wahlkreis mühelos gewinnen könnte.

Bei der Nachwahl in Hódmezővásárhely kündigte ein unabhängiger Kandidat, Péter Márki-Zay, seinen Start an. Kaum hatte er dies verkündet, reihten sich zunächst MSZP und DK sowie später auch die Jobbik mit unterstützenden Erklärungen hinter ihm auf, indem diese Parteien erklärten, keine eigenen Kandidaten ins Rennen schicken zu wollen. Auf diese Weise haben sich die Linke und die ständig weiter nach links rückende Jobbik hinter einen Kandidaten gestellt, der sich öffentlich als konservativ und früherer Fidesz-Wähler bezeichnet. Somit kann festgestellt werden, dass weder MSZP und DK noch Jobbik auf das Lager der linken Wähler vertrauen, die sich aus Angst vor dem Scheitern nicht wagen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und lieber auf eine Salomitaktik zur Aufsplitterung der konservativen Wähler setzen, indem sie einen konservativ fühlenden Kandidaten unterstützen.

Csepel und Hódmezővásárhely zeugen von der Planlosigkeit und Unsicherheit, welche den Zusammenschluss der Opposition umgibt. Die Verhandlungen der Oppositionsparteien miteinander ziehen sich in die Länge: Wenige Monate vor den Wahlen gibt es noch immer keinen einheitlichen Plan der Opposition. In Ermangelung von Übereinkünften treten auch weiterhin die Kandidaten mehrerer Parteien in den einzelnen Wahlkreisen an, wobei sich zeigt, dass die Parteien nicht einmal auf ihre eigenen Wähler vertrauen. Es ist klar zu erkennen, dass die Parteien in der Frage eines Oppositionsbündnisses auch weiterhin auf Zeit spielen. Während allesamt scheinbar die Notwendigkeit eines Regierungswechsels unterstreichen, belegt ihr Handeln doch, dass in Wirklichkeit einzig das Überleben zählt.

PROGNOSE

- Am 16. Januar entscheidet der Landeswahlausschuss des Fidesz über die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Überwiegend werden jene Politiker auf der Liste erscheinen, die zuletzt Mandate gewinnen konnten.
- Am 17. Januar kommt das neue katalanische Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Von da an bleiben zehn Tage bis zum Beginn der Debatte über die Person des neuen Präsidenten Kataloniens.
- Am 19. Januar veröffentlicht das Statistische Amt KSH die aktuelle Lohnstatistik.
- Am 19. Januar findet eine Schülerdemonstration unter dem Motto „Geh nicht in die Schule!“ vor dem Parlament statt.
- Am 21. Januar entscheiden die Delegierten eines Sonderparteitages der SPD, ob die Partei offizielle Koalitionsverhandlungen aufnehmen soll.